

menter les effets du Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires. La commission estime cependant qu'il s'agit là d'un objectif dont la réalisation ne pourra se faire qu'à long terme. Aux yeux de la commission, cet objectif étant devenu partie intégrante de la politique étrangère et de neutralité de notre pays, la motion peut être classée.

Kuprecht Alex (V, SZ), für die Kommission: Die Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen die Abschreibung der Motion 08.3359, «Erweiterung der atomwaffenfreien Zonen». Im Grundsatz begrüsst die Kommission das Anliegen dieser Motion. Sie ist aber der Auffassung, dass der Inhalt der Motion ein fester Bestandteil der schweizerischen Aussen- und Neutralitätspolitik geworden ist und dass die Motion damit aus inhaltlichen Gründen abgeschrieben werden kann.

Angenommen – Adopté

14.002

Geschäftsbericht des Bundesgerichtes 2013

Rapport de gestion du Tribunal fédéral 2013

Erstrat – Premier Conseil

Bericht des Bundesgerichtes 12.02.14
Rapport du Tribunal fédéral 12.02.14

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Ständerat/Conseil des Etats 10.06.14 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 11.06.14 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Präsident (Germann Hannes, Präsident): Ich begrüsse bei uns im Rat ganz herzlich Herrn Gilbert Kolly, den Präsidenten des Bundesgerichtes.

Schmid Martin (RL, GR), für die Kommission: Ich spreche zum Geschäftsbericht 2013 der Gerichte und nehme dazu Stellung, nicht nur zum Bundesgericht, sondern auch zum Bundesstrafgericht, zum Bundesverwaltungsgericht und zum Bundespatentgericht, im Sinne der Subkommission Gerichte der GPK. Die Aussprache mit dem Bundesgericht und den erstinstanzlichen Gerichten fand wie üblich in Lausanne statt. Zudem haben die beiden GPK in einer gemeinsamen Sitzung den Bundesgerichtspräsidenten angehört.

Die Anzahl der Eingänge hat beim Bundesgericht mit 7919 Fällen einen Höchststand erreicht, ist aber gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich angestiegen. Das Gericht konnte 200 Fälle mehr erledigen als im Vorjahr. Das heisst, dass es fast so viele Fälle erledigte, wie eingingen. Die durchschnittliche Erledigungsdauer ist nach wie vor befriedigend.

Aufgrund dieser Zahlen könnte man den Eindruck erhalten, es sei grundsätzlich alles in Ordnung. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass etwa bei der strafrechtlichen Abteilung eine Zunahme um satte 500 Fälle oder 65 Prozent zu verzeichnen war. Mindestens einen Teil dieser Zunahme führt das Bundesgericht auf die Auswirkungen der neuen Strafprozessordnung zurück. Gleichzeitig wurden Massnahmen ergriffen, z. B. indem Aushilfen aus anderen Abteilungen beigezogen wurden. Die hohen Eingangsraten in der strafrechtlichen Abteilung halten auch 2014 an. Es wird eine gewisse Zeit brauchen, bis das Bundesgericht diesen Anstieg verkraften kann.

Die Erste öffentlich-rechtliche Abteilung hatte aufgrund der Zweitwohnungs-Initiative rund 250 Fälle zusätzlich zu bewältigen. Diese Fälle sind inzwischen alle entschieden. Solange jedoch das Gesetz zur Zweitwohnungs-Initiative noch nicht verabschiedet ist und die Verordnung gilt, erwartet das Bun-

desgericht, dass vor allem die Verfassungsmässigkeit der Verordnung infrage gestellt werden könnte. Das könnte nochmals zusätzliche Fälle generieren.

Insgesamt kann das Bundesgericht zwar die Geschäftslast bewältigen. Das Bedürfnis aber, sich mehr Grundsatzfragen widmen zu können und dafür von Bagatellfällen entlastet zu werden, besteht nach wie vor und wurde so vom Gericht auch zum Ausdruck gebracht. Die mehrjährige Evaluation der neuen Bundesrechtspflege hat auch aufgezeigt, dass sich die 2007 eingeführte Gerichtsorganisation zwar insgesamt bewährt hat, dass aber die Entlastung des Bundesgerichtes nicht den Erwartungen gemäss erfolgt ist.

Der Bundesrat hat eine Kommission eingesetzt, die sich mit gewissen Nachbesserungen zur Entlastung des Bundesgerichtes befasst. Zuhanden dieser Kommission wird auch das Bundesgericht seine Vorschläge einbringen. Das ist der korrekte Weg.

Diskutiert wurden zudem einzelne Themen wie der Einfluss der Rechtsprechung auf das Schweizer Recht, aber auch die immer zu bewilligenden Nebenbeschäftigungen der Bundesrichterninnen und Bundesrichter sowie der Angriff auf einen Bundesrichter auf offener Strasse. Einen entsprechenden Hinweis finden Sie auch im Geschäftsbericht des Bundesgerichtes.

Zum Bundesverwaltungsgericht kann ich nach dem ersten vollen Geschäftsjahr in St. Gallen eine positive Bilanz ziehen. Das Gericht hat 2013 über 7533 Fälle entschieden; eingegangen sind 7326 Fälle. Es konnten also einige wenige Pendenzen abgebaut werden. Ende Jahr waren beim Bundesverwaltungsgericht jedoch immer noch 4119 Fälle pendent. Das Bundesverwaltungsgericht ist deshalb auch bestrebt, seine Effizienz und Organisation zu verbessern. Es hat deshalb das Projekt Gerichtsorganisation 2016 lanciert. Die Abteilung III kämpfte zudem mit einer hohen Geschäftslast, die auf die neue Spitalfinanzierung und die Einführung der Fallpauschalen zurückzuführen ist. Weniger belastete Kammern wie die Abteilungen I und II helfen aus. Es wurde eine Task-Force eingesetzt, die es ermöglichen soll, die Grundsatzentscheide möglichst rasch zu fällen. Dies dürfte in den nächsten Monaten der Fall sein. Dies ist ausdrücklich zu begrüssen, weil in der Praxis auf diese Entscheidungen seit Monaten gewartet wird.

Die Asylabteilungen haben die alten Pendenzen abbauen können. Sie verzeichneten im letzten Jahr zwar eine 10-prozentige Zunahme der Beschwerdefälle, konnten aber bei der Erledigung Schritt halten. Die provisorischen Änderungen des Asylverfahrens haben bisher noch nicht viele Fälle generiert. Hier muss die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Ressourcenmässig ist das Gericht stabil geblieben. Im Weiteren haben wir mit dem Bundesverwaltungsgericht die Rekretierungsschwierigkeiten für französischsprachige Gerichtsschreiber und Richter sowie die Telearbeit besprochen. Bei der Telearbeit ist das Gericht von maximal zwei auf einen Tag pro Woche zurückgegangen. Die zwei Tage pro Woche waren nur als Übergangslösung im Rahmen des Umzugs nach St. Gallen eingeführt worden, damit nicht zu viel Personal das Gericht verlässt. Die Telearbeit gibt es nur für nichtrichterliches Personal.

Das Bundesstrafgericht hatte keine grösseren Probleme zu vermelden. Das Berichtsjahr war vor allem von den Schlussarbeiten am Neubau und vom Umzug des Bundesstrafgerichtes geprägt. Das Gericht ist mit Einrichtung und Organisation sehr zufrieden.

Bei der Strafkammer ist der Zuwachs bei der Anzahl Eingänge leicht rückläufig, aber im langjährigen Vergleich nimmt sie immer noch zu. In der Strafkammer gibt es kein Massengeschäft, sondern wenige, dafür umfangreiche Verfahren. Der Trend zur alternativen Erledigung von Strafverfahren bestätigt sich. Die Zahlen der Einstellungen von Verfahren nach Wiedergutmachung, der Strafbefehlsverfahren und der abgekürzten Verfahren stabilisierten sich auf einem relativ hohen Niveau.

Bei der Beschwerdekammer stieg die Zahl der Eingänge deutlich an. Es konnte aber auch die Zahl der Erledigungen

deutlich gesteigert werden. Die Reorganisation durch die Zusammenlegung der beiden Beschwerdekammern hat sich nach Meinung des Bundesstrafgerichtes bewährt. Da die Beschwerdekammer grösser wurde, können die Fälle in den drei Sprachen flexibler verteilt werden. Die Kommission kann sich dieser Wertung anschliessen.

Das Bundespatentgericht nahm am 1. Januar 2012 seine Tätigkeit auf. Das erste Geschäftsjahr, 2012, war vom Aufbau und von der Übernahme der an den kantonalen Gerichten hängigen Patentverfahren geprägt.

Demgegenüber ist im Geschäftsjahr 2013 nun der Courant normal eingekehrt. Im Berichtsjahr kam aus den Kantonen nur noch ein ordentliches Verfahren. Dagegen sind die direkten Eingänge am Bundespatentgericht von 17 Fällen im Vorjahr auf 33 Fälle angestiegen. Damit sind die Eingangszahlen bereits heute höher als vom Bundesrat in der Botschaft prognostiziert. Das Bundespatentgericht hat im Berichtsjahr 18 ordentliche Verfahren, davon 16 durch Vergleich, erledigt. Das Gericht strebt solche Vergleiche an, was dank der Mitarbeit technischer Fachrichterinnen und -richter offenbar ganz gut gelingt. Verglichen mit den massgebenden Patentgerichten in Deutschland, in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich, welche kaum je Rechtsstreitigkeiten durch Vergleiche erledigen können, ist diese Vergleichsquote hervorragend.

Insgesamt scheint das Bundespatentgericht sehr gut zu funktionieren. Das ist auch nötig, denn die Schweiz ist, gemessen an den absoluten Zahlen von eingereichten Patenten, weltweit die Nummer 5. Gemessen an der Bevölkerung ist die Schweiz mit über 800 Patenten pro Million Einwohner mit Abstand die Nummer 1 der Welt.

Ganz kurz noch zum Militärkassationsgericht, von dem Sie in der Regel nichts hören: Wir führen mit dessen Präsidenten alle drei Jahre eine kurze Aussprache durch. Wir konnten auch diesmal feststellen, dass dieses kleine Gericht bei einer konstanten, kleinen Geschäftslast von rund 12 bis 15 Fällen problemlos arbeitet.

Ich bitte um Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes des Bundesgerichtes 2013.

Berberat Didier (S, NE): En tant que juriste, je suis un lecteur attentif du rapport de gestion du Tribunal fédéral et une information parue dans celui de 2013 à la page 13 m'inquiète beaucoup. Le Tribunal fédéral nous y indique que «Le 5 décembre 2013, pour la première fois dans l'histoire de l'institution, un membre du tribunal a subi des violences en rapport avec l'exercice de sa fonction ...», ce qui est, il faut le dire, fort inquiétant. Je souhaiterais avoir de la part du Tribunal fédéral – je ne doute pas que des mesures de sécurité supplémentaires aient été prises – une appréciation juridique. J'aimerais savoir s'il a évoqué quelques pistes, comme celle de créer une nouvelle infraction – ce qui est une procédure relativement lourde, mais nous avons une initiative genevoise qui le propose et nous la débattons tout à l'heure –, ou en tout cas celle d'examiner dans quelle mesure ce genre d'infractions, qui doivent d'habitude faire l'objet d'une plainte, peuvent être poursuivies d'office.

J'aimerais savoir avec qui il est en discussion pour décider de ce qu'il convient d'entreprendre pour qu'à l'avenir, ce genre de fait grave, ne se reproduise pas.

Kolly Gilbert, président du Tribunal fédéral: J'avais préparé une courte intervention pour résumer les rapports des quatre tribunaux de la Confédération. Monsieur le conseiller aux Etats Schmid a fait un résumé tout à fait pertinent et complet de ce qui a été dit. Je ne peux que souscrire à ses propos et donc je vais vous épargner une relecture de ce qui a été dit mieux que je ne saurais le faire. Je passerai donc directement à la réponse à la question de Monsieur le conseiller aux Etats Berberat.

Il est effectivement arrivé une chose que, de l'histoire du Tribunal fédéral, nous ne connaissions pas: un des juges en fonction a été agressé physiquement et blessé par un justiciable mécontent. C'est arrivé en pleine rue, en plein jour, à

Lucerne. Nous avons informé les Commissions de gestion de ce qui était arrivé dans le détail.

Quelles sont les propositions que nous pourrions faire? Une première proposition de notre part serait de transformer les infractions commises contre les juges, lorsqu'elles sont en relation avec leur activité judiciaire, en délits poursuivis d'office. Actuellement, les menaces, les voies de fait, les lésions corporelles simples ne sont poursuivies que sur plainte – «auf Antrag». Or, lorsqu'un juge est agressé à cause de son activité professionnelle, ce n'est pas tant lui en tant que personne qui est agressé, que le magistrat, l'institution judiciaire, donc l'Etat, et il est assez curieux que cela dépende d'une plainte pénale, finalement d'un particulier, pour que l'infraction soit poursuivie.

En outre, les juges hésitent beaucoup à déposer plainte parce qu'ils deviennent alors partie à la procédure et se retrouvent dans la salle d'audience avec le prévenu, et ils ont une position de partie. Or nous estimons que ce n'est pas tout à fait conforme à l'image d'un juge suprême de devoir se soumettre à une telle procédure, à un interrogatoire et ensuite, dans un jugement, à ce qu'il y ait encore une discussion pour savoir s'il est plus crédible que l'accusé.

De l'avis du Tribunal fédéral, il n'est pas nécessaire de créer une nouvelle infraction; il suffirait de rendre poursuivables d'office les voies de fait, les menaces, les lésions corporelles simples.

Ce ne serait pas quelque chose de nouveau non plus: les Chambres fédérales ont décidé dans ce sens en faveur des employés des transports publics, où ces infractions sont poursuivies d'office. On pourrait prévoir une règle similaire pour les juges fédéraux, et peut-être pour d'autres magistrats et parlementaires, par exemple, ou fonctionnaires.

Les services de la Confédération responsables de la sécurité ont fourni un gros effort; ils ont énormément travaillé. Nous sommes très satisfaits. Mais nous avons dû constater un certain manque de moyens de leur côté et nous en avons aussi informé les Commissions de gestion.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Geschäftsführung des Bundesgerichtes im Jahre 2013

Arrêté fédéral approuvant la gestion du Tribunal fédéral en 2013

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf GPK-NR/SR

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet CdG-CN/CE

Angenommen – Adopté

Präsident (Germann Hannes, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt.

Ich bedanke mich beim Präsidenten des Bundesgerichtes, Herrn Gilbert Kolly, ganz herzlich für sein Erscheinen, wünsche ihm weiterhin eine erfolgreiche Arbeit und hoffe, dass das Bundesgericht von solchen Zwischenfällen verschont bleiben möge.